

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Leserinnen und Leser,

mittlerweile sind wir ja in den bunten Herbst eingetaucht und wir hoffen, dass ihr euch alle an den sonnigen, bunten Tagen des Oktobers erfreuen konntet.

Das politische Traunstein treibt es ebenfalls richtig bunt. Die Bürgerinnen und Bürger von Traunstein und vor allem der Stadtteile sind höchst aktiviert und zeigen ihr Interesse an der aktuellen Stadtpolitik durch die Teilnahme an diversen Veranstaltungen und unter anderem auch an der letzten äußerst gut besuchten Stadtrats-sitzung, aus der wir hier natürlich wieder aus unserer Sicht berichten.

Rinderzuchtverband:

In einer gut besuchten Informationsveranstaltung des Rinderzuchtverbandes (RZV) hatten Befürworter und Skeptiker einer geplanten Ansiedlung des RZV bei Wolkersdorf ausreichend Möglichkeiten sich zu informieren und auszutauschen. Offensichtlich war der in dieser Veranstaltung mehrfach ausgesprochene Aufruf an Grundeigentümer dem RZV noch Alternativgrundstücke anzubieten von Erfolg gekrönt, hat doch der RZV auf Grund der Angebote seinen Antrag hinsichtlich der Einleitung eines Bauleitplanverfahrens zur Änderung des Flächennutzungsplanes bei Wolkersdorf für die Sitzung am 24.10.2019 zurückgezogen. Wir hoffen nun, dass sich eine gütliche Lösung finden läßt, wobei wir es begrüßen würden, wenn getreu dem Motto an unserem Heimathaus Stadt und Land Hand in Hand das zukünftige Baugrundstück des RZV auf Traunsteiner Stadtgebiet liegen würde. Nicht wegen der Gewerbesteuer-einnahmen – wie immer wieder fälschlicherweise behauptet wird - sondern wegen der Verbundenheit der Stadt Traunstein mit einer beinahe 120-jährigen landwirtschaftlichen Selbsthilfeorganisation.

Grundstücksentwicklung in Seiboldsdorf:

Manch politischer Wettbewerber möchte eine andere Politik für Traunstein und meint dann erwähnen zu müssen, dass Grundstücksverhandlungen zukünftig Chefsache sein müßten. Nun, wir sind ganz klar der Meinung, dass gerade in den letzten Jahren auf diesem Gebiet unser Oberbürgermeister gemeinsam mit der

Verwaltung hohes Verhandlungsgeschick bewiesen hat. Nur diesem Umstand ist es zu verdanken, dass die Verhandlungen in Seiboldsdorf nun zu einem für die Traunsteiner Bauwilligen positiven Ergebnis geführt wurden.

Gebetsmühlenartig wird selbstverständlich versucht diesen Erfolg kleinzureden indem zum Einen immer wieder auf die Dauer der Verfahren am Beispiel von Traunstorf verwiesen wird und zum Anderen die Eckpunkte des neukonzipierten und vom Stadtrat so verabschiedeten Ansiedlungsmodells in Frage gestellt werden.

Dabei wird immer wieder versucht der SPD zu unterstellen wir würden den Gedanken des sozialen Wohnungsbaus nicht energisch genug verfolgen. Das von einer Seite zu hören die in Bayern tausende Sozialwohnungen ohne Not dem freien Markt überantwortete hat schon einen schalen Beigeschmack. Dass es die Möglichkeiten der Erbpacht gibt ist uns auch hinlänglich bekannt. Das aber immer von einer Seite zu hören, die sich die generelle Verhinderung von Landschaftsversiegelung auf die Fahnen geschrieben hat, wirft die einfache Frage auf, ob denn Versiegelung auf gepachteten Grund gute Versiegelung ist und Versiegelung auf eigenem Grund schlechte Versiegelung? Wenn Bauwerber dann noch zusätzlich zu den laufenden Kosten und Abgaben eines Eigenheims auch noch die Pachtkosten zu begleichen haben sind wir von sozialem Wohnungsbau schon so weit entfernt wie diejenigen die in Bayern einfach Sozialwohnungen ohne Not verkauft haben.

Ein Ansiedlungsmodell hat vorrangig ein Ziel: Die Ungleichheiten in den Verdienstmöglichkeiten in den Regionen so auszugleichen, dass ortsansässige Familien die gleichen Chancen zum Bau und Erwerb eines Eigenheims haben wie Bauwillige die aus Regionen kommen in denen die Löhne wesentlich höher sind als bei uns. Es geht also um Chancengleichheit und es ging auch in der Vergangenheit bei den sogenannten Einheimischen Modellen nie um sozialen Wohnungsbau. Heute diesen Eindruck zu erwecken ist schlicht falsch. Zur Dauer des Verfahrens in Traunstorf nur so viel: Eine sorgfältige Durchführung eines Bauleitplanverfahrens bedingt die Würdigung und Einarbeitung der unterschiedlichsten Einwendungen der Träger öffentlicher Belange oder von privater Seite. Das sind wir, das

ist die Verwaltung den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber schuldig. Wenn hier wie z.B. bei der Entwässerung geschludert würde, könnten ungeahnte Folgen und eventuell Schäden entstehen, für die die Stadt haftbar gemacht werden könnte. Hier in Traunstorf gab es leider Probleme mit der Entwässerung sowie dem sogenannten wildabfließenden Oberflächenwasser. Auch wenn es manche nicht wahr haben wollen. Die dadurch nötigen Umplanungen brauchte eben seine Zeit. Da kann auch eine „andere Politik“ nichts ändern. Außer diese „andere Politik“ schert sich dann nichts um Gesetze und Verordnungen und die Zukunft von Traunstein.

Grundstücksentwicklung Salzmann Insel:

Ein Beispiel für die Bodenbevorratung in Traunstein. Aber auch hier gibt es natürlich schon wieder Besser-wisser. „Warum hat sich hier über vier Jahre nichts getan?“ Heißt es da zum Beispiel. Die möglichst rasche Realisierung der AKG – Turnhalle – übrigens durch die Stadt Traunstein zum Teil zwischenfinanziert - die Realisierung des Salinenparks mit der Aufrechterhaltung des Sportbetriebs beim TV Traunstein wurde unter anderem auch möglich durch die Schaffung einer Zwischenlösung auf der Salzmanninsel. Nun, da diese Übergangslösung nach Fertigstellung der AKG Turnhalle nicht mehr benötigt wird ist der richtige Zeitpunkt die Planungen für das Gelände auf den Weg zu bringen.

Wichtig ist dabei, dass ebenso wie in Seiboldsdorf neue Ideen und Konzepte geprüft und erörtert werden sollen. Zusätzlich sind hier natürlich auch noch weitere archäologische und Umweltaspekte zu berücksichtigen. Auch hier gilt wieder, erfolgreich kann hier nur eine durchdachte und solide Planung sein. Schnelligkeit alleine ist dabei sicher nicht der Schlüssel zum Erfolg. Die SPD begrüßt ausdrücklich die einstimmige Beschlussfassung zur Beauftragung von Fachgutachtern für das weitere Vorgehen.

Antrag auf Änderung des Grundschulsprengels:

Als eine Reaktion auf sich verändernde Schülerzahlen innerhalb Traunsteins (z.B. durch Baugebiete oder ähnliches) stellte das staatliche Schulamt einen entsprechenden Antrag. Erleichtert wird dadurch schneller auf Veränderungen reagieren zu können, den Schulleitungen mehr Kompetenz zu übertragen und dabei

selbstverständlich spezielle Gründe wie Lage der bisherigen Kinderbetreuungseinrichtung, oder Geschwisterkinder nach Möglichkeit auch in der Zukunft berücksichtigen zu können.

Da wir ja das gesamte Stadtgebiet mit gleichen modernen Schuleinrichtungen ausgestattet haben (Kammer wird bis Ende 2021 nachgezogen haben). Da auch das Lehrpersonal dem gleichen Schulamt unterliegt, kann es zu keinen größeren Qualitätsunterschieden kommen. Die Sprengel als solches bleiben dabei bestehen es kommt nur zu einem Schulverbund und damit zu einer besseren Möglichkeit Auslastungen auszugleichen ohne Gastschulanträge stellen zu müssen oder sich Gedanken über die Schülerbeförderung machen zu müssen.

Ausrufung des Klimanotstandes:

Hier wurde bereits viel in den Medien berichtet. Wir stehen voll zu der Formulierung unseres Oberbürgermeisters in der die globale Klimakrise anerkannt wird und im Bestreben der Stadt Traunstein auf diese Krise angemessen zu reagieren. Die Einstellung einer Klimamanagerin wird hier helfen die Beschlüsse und Entscheidungen im Stadtrat noch besser nach Gesichtspunkten der Klimaneutralität hin auszurichten. Bleibt zu hoffen, dass sich bis dahin auch die Wissenschaft zu möglichst einheitlichen Aussagen durchringen kann.

Mit dem Wort Notstand hätte sich unsere Fraktion sehr schwer getan. Wir sehen hier nicht eine bloße Begrifflichkeit sondern ein echt unterschiedliches Handlungserfordernis. Für uns ist ein Notstand immer direkt mit der Bedrohung für Leib und Leben verbunden. Dies ist zumindest aktuell nicht der Fall und kann auch für die näherer Zukunft ausgeschlossen werden. Notstandsmaßnahmen wie zum Beispiel die Einstellung des privaten Individualverkehrs mit von Verbrennungsmotoren angetriebenen Fahrzeugen wären dann doch wohl zur Zeit schwer übertrieben, aber eine logische Konsequenz aus der Ausrufung eines Notstandes. Es macht da keinen Sinn sich nur ein paar mögliche Konsequenzen rauszupicken wie es der Antrag der Grünen vorsieht. Nein wenn es um Notstand geht dann mit allen Konsequenzen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

soweit ein Ausschnitt aus der Gremienarbeit im September. Bei näherem Infobedarf können Sie sich wie immer an die Fraktionsmitglieder und den OB wenden, wir antworten gerne.